



## Kosten und Rumstehen

Auf der ILA wird ein Airbus A400M präsentiert. Sicher fliegen kann er nicht. **Seiten 3, 4 und 12**

Foto: dpa/Ralf Hirschberger

## Kommen und Gehen

Neue Literatur über ein Europa, das schon immer im Wandel war. **Seite 17**

## Kämpfen und Radeln

Volksbegehren: Sicher, schnell, bequem durch Berlin. **Seite 11**

Foto: Photocase/kallejpp



Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 2. Juni 2016

71. Jahrgang/Nr. 127

## STANDPUNKT

### Wissen ist Macht

Velten Schäfer über das jüngste Anti-Terror-Paket der Regierung

»Wissen ist Macht«, schrieb Francis Bacon und meinte das Mündigwerden der Bürger gegen die Dogmen der Kirche. Mit dem Satz »Wissen ist Macht«, rief Jahrhunderte später Wilhelm Liebknecht die Arbeiter auf, sich durch Bildung zu emanzipieren. »Wissen ist Macht«, sagt nun Thomas de Maizière und meint eine weitere Aufrüstung deutscher Sicherheitsapparate und deren mit internationaler Vernetzung.

Gewiss: Es gibt Anlass zur Sorge – vor der Fußball-Europameisterschaft unter anderem in jenem Stadion, vor dem sich erst im November Terroristen in die Luft sprengten. Es ist bedenkenswert, dass die Brüssel-Pariser Terrorzelle wohl über Wegwerfhandys kommunizierte, um ihre Spuren zu minimieren.

Doch ist es praktikabel, jeden Kiosk zu einer Passkontrollstelle zu machen, um anonyme Mobilfunkkarten zu eliminieren? Hatte man nicht auch die Vorratsdatenspeicherung mit jenen Terroristen begründet, die gerade dieser entspannt entgegengesehen? Wer wird es zu spüren bekommen, dass »jegliche Unterstützung« krimineller Vereinigungen bestraft werden soll? War es bisher legal, Terror zu unterstützen?

De Maizières »Wissen ist Macht« meint nicht die Ermächtigung, sondern die »präventive«, immer pauschalere Erfassung der Menschen. Aus seinem Mund erinnert der Satz nicht an Bacon oder Liebknecht, sondern an George Orwell. Von dem gibt es freilich auch die umgekehrte Formulierung, an die man heute erinnern möchte – auch wenn sie dazu ganz ähnlich verdreht werden muss: »Unwissenheit ist Stärke«.

## UNTEN LINKS

Die Koalition fetzt sich wieder einmal. Es geht ums Erben. Und weil anderthalb Jahre vor der nächsten Bundestagswahl jede der drei beteiligten Parteien schon gierig den großen Wählerkuchen im Blick hat, steht jetzt jeder politische Schritt unter dem Vorbehalt der Urnentauglichkeit. Friedhofsstimmung also in der Koalition. Über solche taktischen Werkeleien am Grab der Konkurrenz kann Helmut Kohl nur herzlich lachen. Ihm geht es ums ganz große persönliche Erbe. Wer allerdings an dieser Stelle an die Geschichtsbücher denkt, der irrt. Auch der Einheitskanzler hat schließlich beides verinnerlicht: Geltung und Geld. Jetzt will er vor Gericht von seinem ehemaligen Ghostwriter Heribert Schwan wegen der Verletzung seiner Persönlichkeitsrechte fünf Millionen Euro erstreiten. Was er dem Journalisten einst offenherzig in Oggersheim erzählte, will er nun nicht gedruckt lesen. Wegen der Geschichtsbücher, Sie verstehen. Das mit dem Geld ist Nebensache. Wie immer beim Erben. oer

ISSN 0323-3375



4 198662 501709

## Es war Völkermord

Der Bundestag wird den Genozid an den Armeniern vor 100 Jahren verurteilen



Im Mahnmal für die Opfer des Genozids an den Armeniern in der armenischen Hauptstadt Jerewan

Foto: AFP/Karen Minasyan

Berlin. Allzu heftig wird die Reaktion der Türkei auf die Resolution des Bundestags zum Völkermord an den Armeniern, Aramäern und weiteren christlichen Minderheiten im Osmanischen Reich wohl doch nicht sein. Der türkische Ministerpräsident Binali Yıldırım nannte die für Donnerstag geplante Abstimmung »absurd« und drohte mit »negativen Auswirkungen« auf das deutsch-türkische Verhältnis. Zugleich machte der islamisch-konservative Politiker allerdings auch deutlich, dass der Deal zwischen der EU und der Türkei zur Abwehr von Flüchtlingen nicht an der Resolution scheitern werde.

Bei den Massenmorden während des Ersten Weltkriegs waren bis zu 1,5 Millionen Menschen ums Leben gekommen. Die Türkei lehnt die Bezeichnung Völkermord für diese Verbrechen ab. In dem Antragstext von Union, SPD und Grünen taucht dieser Begriff auf. Politiker der Großen Koalition bemühen sich darum, die türkischen Bündnispartner trotzdem etwas zu besänftigen. »Es geht nicht darum, irgendjemanden auf die Anklagebank zu setzen«, sagte Unionsfraktionsvize Franz Josef Jung. Der CDU-Mann hob stattdessen hervor, dass es in dem Antrag »entscheidend um Aussöhnung« gehe.

Ähnliches war aus der SPD-Fraktion zu hören. »Es geht nicht darum, eine aktuelle Regierung zu kritisieren, an den Pranger zu stellen«, sagte Parlamentsgeschäftsführerin Christine Lambrecht. Sowohl Jung als auch sie rechneten mit einem geschlossenen Votum ihrer Fraktionen. Auch die LINKE, welche als einzige Fraktion von den Beratungen ausgeschlossen wurde, wollte zustimmen.

Bislang haben mehr als 20 Staaten die Massaker an den Armeniern als Völkermord anerkannt. Unter ihnen sind Frankreich, Italien und Russland. nd/Agenturen

Seiten 2 und 15

## Donald Duck und die Macht von de Maizière

Regierung verschärft abermals Anti-Terror-Gesetzgebung – neuer Eingriff in Grundrechte

»Wissen ist Macht«, sagt der Bundesinnenminister, und die Regierung beschloss ein weiteres Anti-Terror-Paket. Hinter allerlei fragwürdigem Aktionismus verbirgt sich Strategisches.

Von René Heilig

Mehr innere Sicherheit ist eines der Topthemen, mit denen die gerade um Einheit ringende Union in den kommenden Bundestagswahlkampf ziehen will. Dazu gehört auch eine verschärfte Anti-Terror-Gesetzgebung. Erst vor sieben Wochen waren die Gesetzesverschärfungen in der Koalition beschlossen worden. Anlässe finden sich problemlos. Derzeit müssen die islamistisch geprägten Anschläge in Paris und Brüssel vom November und März herhalten. Zugleich beginnen in acht Tagen die Fußball-Europameisterschaft in Paris und damit zahlreiche Public-Viewing-Veranstaltungen in Deutschland. In der Bevölkerung

sei das Gefühl der Angst vor neuer Gewalt gewachsen, sagt die Regierung. Schwarz-Rot will dem wehren.

»Wenn sich internationale Terroristen miteinander vernetzen, dann müssen sich auch Sicherheitsbehörden besser als bisher miteinander vernetzen«, sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) und lässt sich mit der Allerweltsbotschaft zitieren: »Wissen ist Macht.« Um dem Terror machtvoll zu begegnen, müssen die Behörden Wissen miteinander teilen – über das bisherige Maß hinaus.

In der Tat sind bei Ermittlungen zu den jüngsten Anschlägen Kommunikationsprobleme zwischen den Geheimdiensten und Polizeibehörden deutlich geworden. Auf EU-Ebene wurde dem schon durch die Aufrüstung der Polizeibehörde Europol begegnet. Die Polizeibehörde mutiert immer mehr zu einem Geheimdienstverbund. Parallel dazu beschloss die

deutsche Regierung am Mittwoch, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz gemeinsame Dateien mit Nachrichtendiensten der EU und der NATO einrichten und betreiben kann. Bisher erfolgte Austausch anlassbezogen.

Um die sogenannte Schleuserkriminalität zu bekämpfen, soll die Bundespolizei präventiv verdeckte Ermittler einsetzen dürfen. Bislang darf sie das nur zur Strafverfolgung. Der Punkt hat nur sehr mittelbar mit Terror, wohl aber viel mit Flüchtlingsabwehr zu tun.

Bislang kann man »unter dem Namen Donald Duck ein Prepaid-Handy kaufen«, monierte der Innenminister. Künftig muss man seinen Ausweis vorlegen und wird registriert. Das hat nur bedingt mit aktuellem Terrorismus zu tun. Die Forderung ist uralte, Geheimdienst- und Polizeibehörden wollen so Kriminellen aller Art einen Teil ihrer Anonymität nehmen.

Künftig soll »jegliche Unterstützung« einer verbotenen kri-

minellen Vereinigung« unter Strafe stehen. Pikant, die Formulierung taucht auch in Anti-Terror-Gesetzen der Türkei auf, die die EU als grundrechtswidrig ablehnt.

Der Gesetzesentwurf muss nun im Parlament beraten werden. Frank Tempel von der Linksfraktion will als Polizist »natürlich ein Maximum an Sicherheit – aber nur bei einem Maximum an parlamentarischer Kontrolle zur Sicherung von Grundrechten. Die fehlt.«

Lesen Sie auf Seite 10

### Gesund leben

Eine Maschine als Kumpel? In einer Thüringer Klinik hat Roboter Roreas unter den Patienten Freunde gefunden. Er spricht und hilft beim Laufen.

## EU-Kommission verwarnt Polen

Druck in Sachen Rechtsstaat erhöht

Brüssel. Die EU-Kommission hat im Streit um die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien in Polen den Druck erhöht. Sie kündigte am Mittwoch an, eine offizielle Verwarnung an Warschau zu verschicken. Wird der Konflikt nicht gelöst, kann dies über weitere Etappen bis zu einem Stimmrechtsentzug für Polen in der EU führen. Der Vizepräsident der EU-Kommission, Frans Timmermans, sagte aber, Ziel sei es weiter, eine Lösung zu finden.

Die EU-Kommission hatte im Falle Polens Mitte Januar erstmals überhaupt eine Überprüfung der Rechtsstaatlichkeit in einem Mitgliedstaat eingeleitet. Brüssel wirft Warschau vor, rechtswidrig die Ernennung mehrerer Verfassungsrichter rückgängig gemacht und Beschlüsse des Gerichts missachtet zu haben. Die Kommission kritisiert zudem die Änderung des Medienrechts, wodurch die Leiter der öffentlich-rechtlichen Sender künftig direkt von der Regierung ernannt oder abberufen werden können.

Nach der nun angekündigten Stellungnahme der Kommission hat Warschau zwei Wochen Zeit für eine Reaktion. AFP/nd

## Kompromiss bei EEG-Reform

Umweltverbände kritisieren Weichenstellungen für Ökostrom

Berlin. Bund und Länder sind auf dem Weg zu einer Einigung über die künftige Ökostromförderung vorangekommen. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) sagte am Mittwoch in Berlin, man sei sich zu 90 Prozent einig. Für Strom aus Wind und Sonne sind neue Förderbedingungen geplant, die bisherigen Garantiepreise sollen für neue Anlagen wegfallen. Noch offen ist die Förderung von Biomasseanlagen. Bayern will einen stärkeren Ausbau als der Bund. Darüber werde man sich bis zum kommenden Mittwoch verständigen, sagte Gabriel. Das Bundeskabinett will die Reform der Ökostromförderung am 8. Juni beschließen. Deutschland muss bis zum Jahresende Forderungen der EU nach einer stärkeren marktwirtschaftlichen Steuerung der Energiewende nachkommen.

Grüne und Umweltverbände kritisierten die Weichenstellungen. Sie befürchten Produktionsbrüche. Hubert Weiger, Vorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland, sprach von einer »rückwärtsge wandten Politik«. epd/nd

Seite 9

## Maas will Bremse nachziehen

Studie: Mietpreisobergrenze wirkt nicht wie geplant

Berlin. Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) ist zu einer Verschärfung des Gesetzes zur Mietpreisbremse bereit. Sollte der festgelegte Höchstpreis für Mietimmobilien »im größeren Stil« missachtet werden, werde er auf Nachbesserungen dringen, sagte er der »Süddeutschen Zeitung«. Vermieter könnten etwa verpflichtet werden, die Vermietete automatisch offenzulegen, und Mieter Anspruch darauf erhalten, zu viel gezahlte Miete zurückzubekommen.

Eine Studie hatte belegt, dass das Gesetz nicht wirkt. Die Mietpreisbremse habe »die Hoffnung nicht erfüllt, den Anstieg der Mieten in angespannten Wohnungsmärkten zu verlangsamen«, teilte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) am Montag mit. In betroffenen Städten habe die Regelung gar zu schneller steigenden Mieten geführt, da Eigentümer die Preise kurz vor Einführung noch einmal kräftig angehoben hätten. Weitere Probleme seien mangelnde Sanktionen für Vermieter sowie Schwierigkeiten für Mieter, ihr Recht durchzusetzen. AFP/nd

Seite 9